

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten führte seine **21.** Sitzung am Dienstag, dem 30.08.2022, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:11 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz

Handtke, Michael

Stimmberechtigte Mitglieder

Emanuel, Jürgen -Vertretung für
Emanuel, Ina
Matzat, Sandra -ab 19:04 Uhr
Engel, Sven

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Emanuel, Ina -entschuldigt, Vertretung
durch Emanuel, Jürgen
Janas, Horst
Matz, Dirk

Beratendes Mitglied

Fritze, Mathias

Sachkundige Einwohner

Braune, Lothar
Riemann, Dirk
Sieganski, Matthias

Sachkundige Einwohner

Behrends, Konrad
Leier, Peter - entschuldigt
Müller, Sabrina – entschuldigt

Bürgermeister

Schulz, Nico

Verwaltungsangehörige

Fritze, Stefanie
Nestler, Marion

Gäste

Rieger, Fabian

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 21.06.2022
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschluss zur Neufassung der Hundesteuersatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark)
Vorlage: III/2022/389
6. Videoüberwachung August-Hilliges-Platz
Vorlage: III/2022/399
7. Übernahme der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Flurbereinigungsverfahren A14 - Drüsedau
Vorlage: III/2022/394
8. Übernahme der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Flurbereinigungsverfahren A14 - Krevese
Vorlage: III/2022/395
9. Erfüllungsstand Investitionen 2022
10. Informationen zur Haushaltsplanung 2023
11. Informationen aus dem Haushaltslenkungskreis
- 11.1 Kostenbeiträge
- .
12. Information zum Ausführungsstand Beschlussvorlage III/2021/218 - Erstellung verkürzte Jahresabschlüsse
13. Informationen, Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind zu diesem Zeitpunkt 4 stimmberechtigte Mitglieder und 3 sachkundige Einwohner anwesend. Herr Jürgen Emanuel nimmt in Vertretung für Frau Ina Emanuel als stimmberechtigtes Mitglied an der Sitzung teil. Herr Handtke verweist auf die Verhaltensregeln bei bestehenden Mitwirkungsverbote.

2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung des öffentlichen Teiles wird ohne Änderungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 21.06.2022

Die Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 21.06.2022 wird ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 1

4. Einwohnerfragestunde

Herr Handtke unterbricht die Sitzung für die Einwohnerfragestunde. Er stellt fest, dass keine Einwohner anwesend sind und geht wieder zur Tagesordnung über.

5. Beschluss zur Neufassung der Hundesteuersatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) Vorlage: III/2022/389

Zu diesem Tagesordnungspunkt erscheint Frau Matzat um 19:04 Uhr zur Sitzung. Es sind nun 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Handtke führt in die Thematik ein. Aufgrund des großen Defizits im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit wurde der Haushaltslenkungskreis gegründet.

Dieser hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Satzungen hinsichtlich rechtlicher und finanzieller Möglichkeiten auf den Prüfstand zu stellen.

Das erste Ergebnis dieser Gremiumarbeit ist die überarbeitete Hundesteuersatzung. Mit den vorgeschlagenen Anpassungen können 23.000 € Mehreinnahmen erzielt werden. Herr Handtke erteilt Frau Fritze das Wort.

Frau Fritze erläutert die vorgenommenen Änderungen, insbesondere in Hinsicht auf Steuerermäßigungstatbestände, anhand einer Synopse. Des Weiteren stellt sie die von der Verwaltung ermittelten Steuersätze in der Region vor. Im Ergebnis werden folgende neue Steuersätze vorgeschlagen, die für die gesamte Einheitsgemeinde gelten sollen:

- für den 1. Hund 48,00 EUR/Jahr
- für den 2. Hund 66,00 EUR/Jahr
- für jeden weiteren Hund 78,00 EUR/Jahr

Der Bürgermeister berichtet aus der heutigen Ortsbürgermeistersitzung. Bis auf die Ortschaft Erxleben lehnen die Ortschaften die Vereinheitlichung der Hundesteuersätze ab. Herr Schulz spricht sich hingegen für einheitliche Maßstäbe aus. Letztendlich bleibt es jedoch eine politische Entscheidung.

Herr Handtke unterstützt die Meinung von Herrn Schulz, dass nach 13 Jahren Einheitsgemeinde die Unterscheidung zwischen Stadt und Land nicht mehr vertretbar ist.

Herr Emanuel gibt seine Zustimmung zu den Aufgaben des Haushaltslenkungskreises Einnahmen zu generieren. Es ist aber der falsche Ansatz hier den Bürger in die Pflicht zu nehmen; insbesondere aufgrund der aktuellen Situation im Land zum Thema Energie. Herr Emanuel ist der Auffassung, diese Thematik zunächst erstmal auszusetzen, damit die Bürger nicht weiter belastet werden. Es ist zu erwarten, dass viele Menschen gar nicht mehr wissen werden, wie sie Ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Die Tendenz in der Einheitsgemeinde geht dahin, dass eine Belastung des Bürgers nicht gewollt ist. Am 05.09.2022 tagt der OR Osterburg. Herr Emanuel hofft, dass sich der Ortschaftsrat Osterburg gegen die Erhöhung der Steuersätze entscheidet.

Herr Handtke versteht die Ausführungen von Herrn Emanuel. Die derzeitigen Entwicklungen sind ihm nicht egal, können aber auch nicht beeinflusst werden. Unabhängig von den derzeitigen Entwicklungen ist es die Aufgabe des Haushaltslenkungskreises, die Finanzsituation zu analysieren und Vorschläge zu unterbreiten. Die Entscheidungen trifft letztendlich der Stadtrat.

Frau Matzat, die selbst dem Haushaltslenkungskreis angehört, unterstreicht die Wichtigkeit der Anpassungen, unterstützt jedoch die Auffassung von Herrn Emanuel, dass es jetzt der falsche Zeitpunkt ist.

Frau Matzat erklärt, dass sich der Haushaltslenkungskreis bisher nur einmal getroffen hat. In dieser Sitzung wurde die Thematik besprochen. Sie ist jedoch von einer ganz anderen Situation ausgegangen. Scheinbar gab es hier ein Missverständnis. Frau Matzat findet es nicht richtig, dass dieser Lenkungskreis nur 3 Mitglieder aus dem Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten hat. Sie schlägt vor, dass dieses Gremium einen Arbeitskreis darstellt und keinen Lenkungskreis und dass zunächst Sparmaßnahmen besprochen werden.

Herr Handtke erläutert ausführlich, was wann im Arbeitskreis und danach in der Juni Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten besprochen wurde und unterstreicht, dass die Thematik somit mindestens zweimal beraten wurde. Wenn es zum jetzigen Zeitpunkt nicht gewollt ist, ist es zumindest angearbeitet worden.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten hat die Aufgabe, den Haushalt der Stadt Osterburg haushalterisch zu überwachen. Herr Handtke führt aus, dass die Einnahmeseite der Kommune aus Zuweisungen und Steuern zusammen-

gesetzt ist. Es gibt nur wenige Satzungen mit denen die Einnahmesituation der Kommune aktiv gesteuert werden kann.

Herr Riemann möchte wissen, wer das An- und Abmelden eines Hundes kontrolliert. Grundlage z. Bsp. für das Abmelden aufgrund einer Einschläferung ist eine Bescheinigung. Ist ohne Nachweis gar kein Abmelden möglich?

Herr Handtke verweist auf § 3 Absatz 2 der Satzung und verliest diesen. Es handelt sich somit um eine Meldepflicht und nicht um eine Nachweispflicht. Frau Fritze ergänzt, dass § 11 weitere Regelungen zur Meldepflicht enthält.

Herr Emanuel betont noch einmal, dass die bestehende Satzung nicht geändert werden sollte. Er möchte jedoch wissen, wie hier die Kontrollmechanismen eingerichtet sind. Gibt es eine Stelle, die die Angaben der Bürger überprüft oder beruht das auf freiwillige Angaben? Hier gibt es bestimmt noch Handlungsspielraum.

Der Bürgermeister erläutert, dass durchaus Meldungen von Bürgern eingehen und diese dann auch geprüft werden. Frau Fritze ergänzt, dass nach einer Meldung die Bürger angeschrieben und aufgefordert werden, den Hund anzumelden, was in der Regel dann auch umgesetzt wird. Es gibt jedoch keine regelmäßigen Kontrollen durch das Ordnungsamt. Der Bürgermeister sagt, dass in den Ortsbürgermeisterberatungen regelmäßig darauf hingewiesen wird, neue Hunde bei der Stadt zu melden.

Die Beweisführung bei Kontrollgängen wäre schwer umzusetzen, wenn der Bürger behauptet, der Hund ist nur zu Besuch.

Frau Fritze ergänzt, dass auf Verlangen die Hundesteuermarke vorzuzeigen ist.

Herr Handtke geht noch einmal auf die Aufgaben des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten ein. Das Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ist seit den letzten zwei Jahren negativ und die rechtlichen Rahmenbedingungen zwingen die Kommune das von sich aus auszugleichen. Gelingt dies nicht steuert die Hansestadt Osterburg (Altmark) in die Konsolidierung oder wird von außen aufgefordert bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Er möchte sich als Vorsitzender des Ausschusses nicht vorwerfen lassen, diese Themen nicht auf die Tagesordnung gehoben zu haben auch in Hinblick auf das Alter der Satzung.

Herr Seifert unterstützt das Argument der Vereinheitlichung, er kann auch das Argument von Herrn Emanuel nachvollziehen. Er schlägt vor, befristet für bestimmte Personengruppen einen Passus einzuarbeiten, mit dem Erleichterungen möglich sind.

Herr Schulz fragt, ob das rechtlich überhaupt möglich ist.

Herr Seifert antwortet, dass es in einigen Kommunen eine Steuerbefreiung für Rentner gibt. Somit könnte die Vereinheitlichung in der Hundesteuersatzung beschlossen werden.

Es folgt eine kleine Diskussion über diesen Vorschlag.

Der Bürgermeister sagt, dass es generell eine politische Entscheidung ist. Vielleicht besteht die Möglichkeit vor dem Hintergrund der Inflation und derzeitigen Situation, dass die in der neuen Hundesteuersatzung festgelegten Steuersätze zunächst für

neu angemeldete Hunde festgelegt werden. Das müsste aber noch rechtlich geprüft werden.

Herr Engel unterbreitet den Vorschlag, zumindest den Steuersatz für Stadt und Land anzugleichen und die eigentliche Erhöhung auf Eis zu legen. Was alles aufgrund der derzeitigen Situation noch auf die Kommune zukommt, ist noch nicht absehbar.

Herr Handtke unterstützt den Vorschlag von Herrn Engel, alle Steuersätze zu vereinheitlichen.

- für den 1. Hund einheitlich 36,00 EUR
- für den 2. Hund einheitlich 60,00 EUR
- für jeden weiteren einheitlich 60,00 EUR und
- für den 1. Und jeden weiteren Kampfhund 180,00 EUR

Die Erhöhung der Steuersätze sollte dann wieder angepackt werden, wenn erkennbar ist, dass sich die allgemeine Lage für die Bürger entspannt hat.

Herr Handtke fragt die Ausschussmitglieder, ob sie diesem Vorschlag folgen. Es gibt mehrheitlich Zustimmung. Der Bürgermeister ergänzt, dass dieser Vorschlag dann zum Hauptausschuss in die Beschlussvorlage eingearbeitet wird.

Herr Handtke fragt, ob es zum Inhalt der Satzung noch Fragen oder Anmerkungen gibt.

Da es keine weiteren Fragen und Anmerkungen gibt, ruft Herr Handtke die Beschlussvorlage mit den vorgeschlagenen Änderungen zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage mit der Änderung, die Steuersätze auf das Niveau der Stadt zu vereinheitlichen mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die in der Anlage 1 ersichtliche Neufassung der Hundesteuersatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark).

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1

6. Videoüberwachung August-Hilliges-Platz Vorlage: III/2022/399

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und führt in die Thematik ein. Er erteilt dem Bürgermeister das Wort.

Der Bürgermeister erläutert nochmal kurz den Sachverhalt. Die Abschreckungswirkung ist seines Erachtens nach gegeben. Seit dem Einsatz der Überwachung fand kein Vandalismus mehr statt.

Frau Fritze erläutert die Angebote zu den Mietverträgen. Die Verwaltung empfiehlt hier einen Mietvertrag über 3 Jahre mit Kosten von 357,00 EUR pro Jahr.

Frau Matzat möchte wissen, ob der neue Mietvertrag schon abgeschlossen wurde. Frau Fritze antwortet, dass die Probelaufzeit aufgrund der Außerbetriebnahme unterbrochen wurde. Danach wurde der Mietvertrag um 8 Monate verlängert, um ein Probejahr zu vervollständigen. Dieser Vertrag lief bis zum 31.08.2022.

Auf die Frage von Frau Matzat, ob der Landesdatenschutzbeauftragte noch weitere Unterlagen abgefordert hat, antwortet Herr Handtke, dass eine Datenschutzfolgeerklärung abgegeben wurde und sich der Landesdatenschutzbeauftragte dazu bisher nicht geäußert hat.

Herr Emanuel spricht sich dafür aus, der Empfehlung der Verwaltung zu folgen.

Weitere Fragen und Anregungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, die Probezeit der Videoüberwachungsanlage mit Ablauf des 31.12.2022 zu beenden und die Videoüberwachung des Hilliges Platzes für 3 Jahre, ab 01.01.2023, auf der Grundlage eines Mietvertrages über die Videoüberwachungsanlage, fortzusetzen und dem Stadtrat rechtzeitig vor Ablauf der Mietzeit die Angelegenheit erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen
Ja 4 Nein 1 Enthaltung 0

**7. Übernahme der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Flurbereinigungsverfahren A14 - Drüsedau
Vorlage: III/2022/394**

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und erläutert kurz den Sachverhalt. Es gibt keine Fragen und Anregungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage einstimmig an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die Übernahme in das Eigentum und Unterhaltung der im Zuge des Wege- und Gewässerplanes mit

landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 Flurbereinigungsgesetz im Flurbereinigungsverfahren A14 - Drüsedau (Verf.-Nr. 37SAW807) hergestellten gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen gemäß beigefügtem Antrag des ALFF Altmark mit Karte vom 14.07.2022.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0

**8. Übernahme der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Flurbereinigungsverfahren A14 - Krevese
Vorlage: III/2022/395**

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und erläutert kurz den Sachverhalt.
Es gibt keine Fragen und Anregungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage einstimmig an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die Übernahme in das Eigentum und Unterhaltung der im Zuge des Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 Flurbereinigungsgesetz im Flurbereinigungsverfahren A14 - Krevese (Verf.-Nr. 37SAW806) hergestellten gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen gemäß beigefügtem Antrag des ALFF Altmark mit Karte vom 14.07.2022.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0

9. Erfüllungsstand Investitionen 2022

Frau Fritze erläutert anhand der ausgeteilten Übersicht den Erfüllungsstand der Investitionen. Zusammenfassend beträgt dieser bei den Einzahlungen 41,38 % und bei den Auszahlungen 25,81 %.

Auf die Frage von Frau Matzat, ob man mit dem Erfüllungsstand der Investitionen zufrieden sein kann erklärt Frau Fritze, dass dieser von verschiedenen Faktoren wie das Eingehen von Schussrechnungen aber auch Entscheidungen zur Ausreichung von Fördermitteln abhängt und von der Verwaltung schlecht beeinflusst werden kann. Lediglich der Vergleich zur vorangegangenen Übersicht kann hier helfen, den Stand einzuschätzen.

Herr Handtke ergänzt, dass die eigentliche Entwicklung erst wieder im Herbst zu erkennen sein wird, wenn Schlussrechnungen eingegangen und weitere Maßnahmen beendet sind.

10. Informationen zur Haushaltsplanung 2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt Herr Handtke Frau Fritze das Wort.

Frau Fritze gibt folgende Informationen zur Haushaltsplanung 2023:

Die Mittelanmeldungen durch die Fachämter sind abgeschlossen. Derzeit werden nachgemeldete Ansätze eingearbeitet. Die Planansätze zu den Energiekosten sind aufgrund der immernoch steigenden Energiekosten noch einmal zu überarbeiten. Orientierungsdaten für Zuweisungen und den Gemeindeanteilen an Einkommensteuer und Umsatzsteuer liegen noch keine vor. Ebenso liegen noch nicht alle Wirtschaftspläne vor. Die Einbringung des Haushaltsplanes 2023 ist für die Beratungsfolge im November geplant. Ziel ist es, den Haushalt 2023 am 13.12.2022 durch den Stadtrat beschließen zu lassen.

Herr Handtke spricht sich für eine gemeinsame Einbringungsveranstaltung aus, die auch gerne wieder digital stattfinden könne, um eine zusätzliche Sitzung zu vermeiden. Diese Veranstaltung sollte jeder einplanen und möglichst wahrnehmen, damit alle mit dem gleichen Stand in die Haushaltsdiskussion einsteigen.

Herr Emanuel geht davon aus, dass aufgrund der derzeitigen Entwicklung von Bau- und Energiekosten eine monatliche Information zum Stand der Zahlen erfolgt, da diese die Investitionen wesentlich beeinflussen. Frau Fritze antwortet, dass hier das Bauamt in der Pflicht ist, die Mittel für die Investitionsplanung nach zu melden, wenn Ansätze nicht ausreichen werden.

Herr Emanuel betont, dass der Stadtrat hier in den nächsten Monaten über die Entwicklung der Haushaltsplanung zu informieren ist, um alle Möglichkeiten zur Steuerung der Finanzen der Hansestadt Osterburg (Altmark) gerade im Bereich Kinderbetreuung und Schule ausschöpfen zu können.

11. Informationen aus dem Haushaltslenkungskreis

Herr Handtke informiert, dass zur Thematik Kinderkostenbeiträge im Juni eine Vorberatung stattgefunden hat. Nach Analysierung der Ein- und Ausgaben steht nun die Frage nach der Höhe der Kostenbeiträge.

11.1. Kostenbeiträge

Herr Handtke berichtet, dass über die Hintergründe und die Herkunft der Kostenbeiträge vor der Sommerpause ausführlich informiert wurde. Es war vorgesehen, dass diese Daten heute durch Frau Müller vorgestellt werden und als Ausgangspunkt zur Beratung in den verschiedenen Gremien dienen sollten.

In der letzten Woche hat die Bundesregierung jedoch ein Milliardenpaket im Bereich Kinderbetreuung auf den Weg gebracht. Dieses Paket wird Einfluss auf die Kindertageseinrichtungen der Einheitsgemeinde haben. Im Moment gibt es nur diesen Kabinettsbeschluss, auf dessen Grundlage das Land das KiFöG entsprechend anpassen muss. Man geht davon aus, dass vor Mitte nächsten Jahres keine Aussagen über die Auswirkungen auf die Kostenbeiträge gemacht werden können. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, dass die geplante Anpassung auf Eis gelegt wird, bis der Bund Klarheit geschaffen hat.

Der Bürgermeister ergänzt, dass es sich um das Kita-Qualitätsgesetz handelt, welches das Bundkabinett beschlossen hat. Dieses wurde jedoch noch nicht durch den Bundestag verabschiedet. Ein Ziel dieses Beschlusses ist die bundesweite Einführung einkommensabhängiger Kostenbeiträge. Deshalb hat die Verwaltung entschieden, diese Entwicklung abzuwarten und die Kostenbeiträge zum 01.01.2023 nicht zu erhöhen.

12. Information zum Ausführungsstand Beschlussvorlage III/2021/218 - Erstellung verkürzte Jahresabschlüsse

Herr Handtke erteilt Frau Fritze das Wort. Frau Fritze informiert den Ausschuss, dass die verkürzten Jahresabschlüsse 2015 bis 2020 und der Jahresabschluss 2021 ab Ende September durch das RPA geprüft werden.

13. Informationen, Anfragen und Anregungen

Frau Matzat wünscht sich, dass auf der nächsten Tagesordnung des Ausschusses das Thema Brandschutz aufgenommen wird. Es sollte analysiert werden, was in den nächsten Jahren im Bereich Brandschutz vorgesehen ist und ob die Risiko- und Gefährdungsanalyse noch aktuell ist.

Herr Handtke legt zur nächsten Sitzung den Tagesordnungspunkt „Informationen aus dem Bereich Brandschutz“ und als Sitzungsort die Freiwillige Feuerwehr Osterburg fest. Unter diesem Tagesordnungspunkt soll über die allgemeine Entwicklung im Bereich Brandschutz durch Herr Engel informiert werden.

Weitere Anfragen und Anregungen gibt es nicht.

Seitens des Bürgermeisters gibt es keine Informationen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:11 Uhr.

Michael Handtke
Vorsitzende/r

Marion Nestler/Susanne Bielefeldt
Protokollant

